

## Weimarer Aufruf

Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende  
Gesinnung sein; sie muss zur Anerkennung führen.  
Dulden heißt beleidigen.  
J.W. Goethe

Die Kultusministerkonferenz hat Bildungsfachleute aus allen Ländern und als Gäste Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens eingeladen, über die Rolle des Bildungswesens bei der Integration der Muslime in Deutschland zu beraten. Zum Abschluss ihrer Konferenz am 13./14. März 2003 in Weimar haben die Bildungsfachleute diesen Aufruf beschlossen.

### I.

In Deutschland leben drei Millionen Muslime. Der Islam ist nach dem römisch-katholischen und dem evangelischen Bekenntnis die drittgrößte Religion. Die Muslime gehören unterschiedlichen Glaubensrichtungen an. Dennoch haben viele von ihnen gleiche Erwartungen an die Mehrheitsgesellschaft. Sie wollen ihre Religion im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung ausüben. Ein Teil der Muslime hat sich in Vereinigungen mit teilweise unterschiedlichen Zielen zusammengeschlossen. Eine Amtskirche kennt der Islam nicht.

Die meisten Muslime in Deutschland haben einen Migrationshintergrund und leben hier auf Dauer. Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wächst die Zahl der Kinder und Jugendlichen muslimischen Glaubens, die durch Geburt in Deutschland oder durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.

Deutschland ist ein säkularisierter, von christlicher Kultur und von der Aufklärung geprägter Staat. Unsere Verfassung, das Grundgesetz, regelt die Grundlagen des Zusammenlebens der Menschen in unserem Land. Sie garantiert allen Menschen die Freiheit des Glaubens und des Gewissens, des Bekenntnisses und der ungestörten Religionsausübung. Sie setzt aber auch Grenzen, die niemand überschreiten darf.

Die Politik des Bundes und der Länder bemüht sich um das friedliche Zusammenleben der Menschen. Eine Assimilierung der Muslime an eine Mehrheitskultur und –religion zieht sie nicht in Betracht. Ihre eigene Kultur und Religion wollen und sollen die Muslime nicht preisgeben. Beides schützt der Staat. Gegen Angriffe verteidigt er die Muslime wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger des Landes mit den Mitteln des Rechtsstaats. Von den Muslimen erwarten Bund und Länder, für die Wertordnung der Verfassung einzutreten und den Rechtsstaat anzuerkennen.

## II.

Integration ist nur dann möglich, wenn Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen gleichberechtigt zusammenleben und wenn ihre politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe gesichert ist. Integration bedeutet nach den Worten von Bundespräsident Johannes Rau nicht Entwurzelung und gesichtslose Assimilation. Sie ist die Alternative zum beziehungslosen Nebeneinander unvereinbarer Kulturen. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, so der Bundespräsident, muss bereit sein, eine offene Gesellschaft nach dem Leitbild des Grundgesetzes mitzugestalten.

Der Staat allein kann die Integration nicht gewährleisten. Seine Gesetze und das Handeln seiner Organe setzen einen Rahmen, den erst die Bürgerinnen und Bürger durch ihr Verhalten im Alltag ausfüllen. Integration ist mehr als das gegenseitige Dulden von Nichtmuslimen und Muslimen, sondern vielmehr die gegenseitige Anerkennung. Voraussetzung dafür ist die Fähigkeit zum Dialog der Kulturen. Auch dazu hat sich der Bundespräsident geäußert:

Ein wirklicher Dialog kann nur beginnen, wenn auf beiden Seiten das Bewusstsein und das Gefühl gleichen Wertes und gleicher Würde vorhanden ist.

Wer sich auf einen Dialog einlässt, hat bereits dadurch anerkannt, dass er allein nicht im Vollbesitz der ganzen Wahrheit ist.

Dialog setzt friedliche Absichten und Ziele voraus.

In einem Dialog muss jeder wissen, wer er selber ist, und wie ihn die anderen sehen.

## III.

Bildungseinrichtungen, allen voran die Schulen, sind hervorragende Orte zum Erlernen des interreligiösen und des interkulturellen Dialogs. Zu ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gehört es, demokratische Grundwerte zu vermitteln, für unterschiedliche kulturelle Prägungen und religiöse und weltanschauliche Überzeugungen offen zu sein, Solidarität und interkulturelle Kompetenz zu fördern.

In vielen Schulen lernen Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen anderer Religionen und Weltanschauungen. Hier erwachsen der Auftrag zur Lerngemeinschaft und zum Dialog aus dem schulischen Alltag. Die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer weiß sich dem friedlichen Zusammenleben verpflichtet. Dafür brauchen sie eine angemessene Aus- und Fortbildung.

Wir rufen daher dazu auf, die interreligiöse und interkulturelle Erziehung bei der Lehreraus- und -fortbildung angemessen zu berücksichtigen und ihr im Angebot der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen einen festen Platz zuzuweisen.

Über den engen Kreis der Islamwissenschaft hinaus haben die Wissenschaften in Deutschland die Aufgabe, ihren Beitrag zum Dialog mit der islamisch geprägten Welt zu leisten.

Wir rufen daher die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf, vor allem durch interdisziplinäre Arbeiten zum gegenseitigen Verständnis der Kulturen beizutragen.

Ohne Wissen über die eigene Religion und Kultur sowie über andere Religionen und Kulturen kann es keinen interreligiösen und interkulturellen Dialog geben. Kenntnisse über die Weltreligionen und die großen Kulturen sind deshalb selbstverständlicher Teil der Lehrpläne und des Unterrichts.

Die Schulbuchverlage rufen wir auf, auch ihrer Verantwortung für die interreligiöse und die interkulturelle Erziehung in den Lehr- und Lernmitteln gerecht zu werden.

#### IV.

Alle Länder sind sich darüber einig, dass die schulische religiöse Bildung von Schülerinnen und Schülern muslimischen Glaubens zum Auftrag der Schule gehört.

Mehrere Länder haben einen religionskundlichen Islamunterricht eingerichtet oder planen ein solches Angebot. Wir halten es für erforderlich, ihn dort in deutscher Sprache zu erteilen. Muslime setzen sich für islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache im Sinne des Grundgesetzes ein. Dieses Unterrichtsfach kann es allerdings nur geben, wenn Muslime in den Ländern Religionsgemeinschaften bilden, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht werden; hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Islam nicht amtskirchlich verfasst ist.

#### V.

Das gemeinsame Lernen von Muslimen und Nichtmuslimen wird nur dann für beide Seiten erfolgreich sein, wenn es sich im Schulalltag bewährt. Beispiele guter Praxis dafür sind die Rücksicht auf islamische Speisevorschriften bei Festen und Feiern in Schulen und die Befreiung von Schülerinnen und Schülern muslimischen Glaubens vom Unterricht an islamischen Feiertagen. Konflikte können entstehen, wenn religiöse Gebote von Muslimen nicht mit den Erwartungen und Anforderungen der Schule übereinstimmen. Dafür halten wir Grundregeln für erforderlich.

Es ist nicht die Aufgabe von Schulen, Glaubensüberzeugungen als „richtig“ oder „falsch“ zu bewerten, wenn Eltern oder Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens einen nachvollziehbaren Gewissenskonflikt darlegen. Schulen sollten sich bewusst sein, wie sehr es eine Schülerin belasten kann, zum Spielball von Meinungsunterschieden zwischen Schule und Elternhaus zu werden. Sie wissen, dass eine Schülerin, die aus religiösen Gründen ein Kopftuch trägt, den Schutz des Art. 4 Grundgesetz genießt.

Eltern muslimischen Glaubens sollten wissen: Der Staat hat im Rahmen des Grundgesetzes einen selbstständigen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Die Schülerinnen und Schüler müssen grundsätzlich am Unterricht in sämtlichen Fächern und an den sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen teilnehmen. Eine Ausnahme davon ist allein für den koedukativen Sportunterricht möglich. Auch außerhalb des üblichen Unterrichts, namentlich bei Klassenfahrten, können die Eltern darauf vertrauen, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihre Kinder angemessen betreuen und dass dabei sowohl der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag als auch die Elternrechte auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder gewahrt bleiben. Auch sie sollten dafür sorgen, dass sich ihre Kinder in der Klassengemeinschaft wohl fühlen und gerne zur Schule gehen.

Die örtlichen Moscheevereine und die islamischen Verbände sind aufgerufen, Staat und Gesellschaft bei der Integration der Muslime zu unterstützen. Es liegt auch in ihrer Verantwortung, dass die Muslime die Chancen wahrnehmen, die das Bildungswesen im säkularen Staat allen jungen Menschen bietet. Im Lauf der Geschichte war der Islam immer wieder fähig, die Lebensumstände der Muslime bei der Interpretation des Koran zu berücksichtigen. Gerade junge Menschen muslimischen Glaubens in Europa brauchen solche Leitbilder und Hilfen.

## VI.

Die Integration der Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens als gegenseitiges Geben und Nehmen kann das Bildungswesen und vor allem die Schulen in Deutschland bereichern. Sie kann darüber hinaus ein wesentlicher Beitrag zu einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung in unserem Land sein.

Wir rufen deshalb alle auf, die Verantwortung für die Bildung und Erziehung junger Menschen tragen, sich daran zu beteiligen.

## WEIMAR APPEAL

Toleration should only be a passing attitude,  
it must lead to acceptance. Sufferance is an insult.

J.W.Goethe

The Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the Länder invited education experts from all Länder and, as guests, representatives from public life to discuss the role of the education system in the integration of Muslims in Germany. At the conclusion of their conference on 13/14 March 2003 in Weimar, the education experts adopted the following appeal:

### I.

Three million Muslims live in Germany. Islam is the third largest religion after the Catholic and Protestant denominations. Muslims belong to different traditions of faith. Nevertheless, many of them have the same expectations of the majority society. They want to practice their religion within the framework of the constitutional order. Muslims have combined in associations which partly differ in their objectives. Islam does not have an official church.

Most of the Muslims in Germany have a migratory background and live here permanently. Since the reform of the law on citizenship, the number of children and young people of Muslim faith who acquire German citizenship by naturalisation or because they were born in Germany is increasing.

Germany is a secularized state shaped by Christian culture and the Enlightenment. Our constitution, the Basic Law, regulates the principles of the living together of the people in our country. It guarantees freedom of religion and conscience, of confession and the unhindered practice of religion for all. But it also sets boundaries which may not be overstepped by anyone.

The policies of the Federal Government and the Länder endeavour to achieve the peaceful living together of people. They do not strive to assimilate Muslims into the majority culture and religion. Muslims neither want to abandon their own culture and religion nor are they required to do so. Both are protected by the state. The state protects Muslims from aggression in the same way as it protects all other citizens of the country with the instruments of the constitutional state. The Federal Government and the Länder expect Muslims to support the system of values of the constitution and to acknowledge the constitutional state.

### II.

Integration is possible only if people belonging to different cultures and religions live together on the basis of equal rights and if their political, social, economic and cultural involvement is guaranteed. In the words of the Federal President, Johannes Rau, integration does not mean abandonment of one's roots and faceless assimilation. It provides the alternative to the disconnected parallel existence of incompatible cultures. Anyone who wants to live permanently in Germany, the Federal President said, must be ready to participate in forming an open society modelled on the principles of the Basic Law.

The state alone cannot guarantee integration. Its laws and the actions of its organs build a framework which needs to be given content by its citizens in their everyday behaviour. Integration is more than reciprocal toleration between non-Muslims and Muslims; it is, on the

contrary, mutual acceptance. The prerequisite for this is the capacity for a dialogue of cultures. The Federal President expressed his opinions on this subject, too:

A real dialogue can only begin, if both sides have the awareness and feeling of equal value and dignity.

Anyone who is willing to become involved in dialogue has recognised by that fact alone that he or she is not in sole possession of the whole truth.

Dialogue assumes peaceful intentions and objectives.

In dialogue, everyone must know who he or she is and how he or she is perceived by others.

### III.

Educational institutions, schools above all, are outstanding places for learning dialogue between religions and cultures. Within the framework of their educational mission, schools must impart democratic values and must be open to different cultural traditions and religious and ideological convictions. At the same time they must promote solidarity and intercultural skills.

In many schools, pupils of Muslim faith learn together with children and young people of other religions and world views. Here the task of creating a learning community and of engaging in dialogue develops in the course of everyday school life. In their work, teachers are committed to the promotion of the peaceful living together. For this they need adequate training and continuing education possibilities.

We therefore appeal for adequate account to be taken of interreligious and intercultural education in teacher training and for it to be given a firm place in the provisions of universities and colleges of education.

Beyond the specific area of Islamic studies, scholarship in Germany in general has the task of contributing to the dialogue with people with an Islamic background.

We therefore appeal to all scholars to contribute, above all through interdisciplinary work, to the reciprocal understanding of cultures.

Interreligious and intercultural dialogue is not possible without knowledge of one's own religion and culture as well as of other religions and cultures. Knowledge of the world religions and the great cultures should therefore be a self-evident part of the curriculum and teaching.

We call on the publishers of textbooks to take account of their responsibilities with regard to interreligious and intercultural education in the development of teaching and learning materials.

#### IV.

All Länder agree that the religious education of pupils of Muslim belief belongs to the mission of schools.

Several Länder have established religious education in Islam or plan to offer it. We think that this education should be given in German. Muslims support Islamic religious instruction in German in the spirit of the Basic Law. This subject can only be established, however, if Muslims in the various Länder form religious communities which are in conformity with the requirements of the Basic Law. It has to be taken into account that Islam does not have structures like an official church

#### V.

The common instruction of Muslims and non-Muslims can only be successful for both sides if it proves itself in school life. Examples of good practice are the observance of Islamic dietary rules at school festivals and celebrations and the exemption of pupils of Muslim belief from lessons on Muslim religious holidays. Conflicts may arise if the religious rules of Muslims do not coincide with the expectations and requirements of schools. We consider some basic rules to be necessary in this context.

It is not the task of schools to evaluate religious beliefs as "right" or "wrong" if parents or pupils of Muslim faith demonstrate a comprehensible moral conflict. Schools should be aware of how much stress can be placed on a pupil if he or she becomes the subject of disagreements between school and parents. They know that pupils who wear a headscarf for religious reasons are protected by Art. 4 of the Basic Law.

Parents of Muslim faith should know: within the framework of the Basic Law, the state has an autonomous mission to educate. As a rule, pupils must take part in lessons of all subjects and all obligatory school events. The only possible exception is participation in co-educational physical education. In extracurricular activities, too, such as class outings, parents can trust teachers to take appropriate care of their children and that in doing so the state's mission to educate as well as the parental rights on religious education of their children are observed. Parents should likewise ensure that their children feel at ease in the class community and that they like to go to school.

Local mosque associations and Islamic groupings are called upon to support state and society in the integration of young Muslims. They are also responsible that Muslims make use of the opportunities offered to all young people by the education system in a secular state. In the course of its history, Islam has repeatedly been capable of taking account of the living conditions of Muslims in the interpretation of the Koran. Especially young people of Muslim faith in Europe need such guiding principles and support.

#### VI.

The integration of pupils of Muslim faith as a reciprocal giving and receiving can enrich the education system and, above all, schools in Germany. Moreover it can make a key contribution to a culture of mutual acceptance in our country.

Therefore we call on everyone who is responsible for the education of young people to join us in this endeavour.

Weimar, 14 March 2003